



„Was hast du für ein Wesen?“
„Der arm' Mann in der Welt mag nit mehr genesen!“
Kennlösung der aufständischen Bundschuhbewegung 1524/25

Bundschuh-Blätter

Nr. 8

Oktober 1998

Herausgegeben vom MdB-Büro Winfried Wolf. Mitarbeitende: Ute Abraham, Bernhard Strowitzki (beide Bonn), Bernhard Strasdeit (Stuttgart). Adressen usw.: 1.) Bonner Büro: W. Wolf, MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel.: (02 28) 1 68 17 88, 1 68 17 90, Fax: (02 28) 1 68 60 68. – 2.) Stuttgart: W. Wolf, MdB, Moserstr. 24, 70182 Stuttgart, Tel.: (07 11) 2 36 80 95, Fax: (07 11) 2 32 26 8. Herstellung: GNN Verlag Stuttgart.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

nach heftigem Aufatmen, nach etwas Durchatmen und nach zwei PDS-Klausurtagungen zur weiteren Arbeit möchte ich mich persönlich an diejenigen wenden, die der PDS in Baden-Württemberg besonders nahestehen und meist auch auf besondere Art zu unserem Erfolg bei den Bundestagswahlen beigetragen haben. In meinem letzten Schreiben an Euch meinte ich, die PDS habe die Chance, alle ihre qualitativen Wahlziele zu erreichen. Die entscheidende Gefahr bestehe allerdings darin, daß es ihr eventuell nicht gelänge, dieses Potential voll zu aktivieren. Ich lag mit meiner Einschätzung richtig, und zwar hinsichtlich des Optimismus – ebenso wie hinsichtlich der Befürchtungen: Beides läßt sich mit einer kritischen Ana-

lyse des Wahlergebnisses belegen.

Bevor ich dazu auf den folgenden Seiten komme, möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken, die die PDS im Bund und in Baden-Württemberg aktiv unterstützt und zum Wahlerfolg beigetragen haben. Ich weiß, daß nun an die PDS, an mich als wiedergewählten Bundestagsabgeordneten und an unser MdB-Büro Wolf – zu Recht – hohe Erwartungen gestellt werden. Wir – Ute Abraham und Bernhard Strowitzki in Bonn, Bernhard Strasdeit in Stuttgart und ich –

Ohne uns schnappt jeder Kanzler über.



werden alles tun, diesen Erwartungen gerecht zu werden und über unsere Arbeit an dieser Stelle und vor Ort auch in den fol-

Bundesregierung verabschiedet sich mit militärischem Knall

Der für den 14. Bundestag gewählte Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der PDS, Wolfgang Gehrcke, erklärt zum heutigen Beschluß der abgewählten Bundesregierung über eine Beteiligung der Bundeswehr an einem Militäreinsatz im Kosovo:

Es ist nicht hinzunehmen, daß die abgewählte Bundesregierung sich offenbar mit einem militärischen Knall aus dem Amt verabschieden will. Der heutige Kabinettsbeschuß, 14 Tornado-Kampfflugzeuge für einen NATO-Einsatz im Kosovo zur Verfügung zu stellen, wird von der PDS abgelehnt. Es ist im übrigen ein Affront gegenüber dem gerade neu gewählten Bundestag, eine solche Entscheidung ohne vorherige Debatte im Parlament zu fällen. Wir werden auf diese Debatte drängen.

Wir kritisieren gleichfalls, daß die SPD sofort durch ihren außenpolitischen Sprecher Günter Verheugen ihre Zustimmung signalisiert hat, statt zumindest eine vor-

herige Bundestagsdebatte einzufordern. Wir hoffen, daß dies kein schlechtes Omen ist, wie eine SPD/Grünen-Regierung mit dem Bundestag umzugehen gedenkt. In der Sache markiert die Äußerung von Günter Verheugen das erste Beispiel nach der Wahl, wo und warum auch eine SPD/Grünen-Regierung eine linke Opposition mehr als nötig hat. 30.9.1998

„Rotgrüne“ und die PDS haben die Chance, den Transrapid zu stoppen

Zum Bonner und Schweriner Koalitionspoker um den Transrapid erklärt der Abgeordnete der PDS, Winfried Wolf:

Es gibt ökologische Gründe, die gegen den Transrapid sprechen: Die Grünen verlieren ihr Gesicht, wenn sie im Bonner Koalitionspoker in dieser Frage einbrechen.

Es gibt ökonomische Gründe, die gegen den Transrapid sprechen: ein neuer Kasenswart Lafontaine leistet bereits mit der Verteidigung als Minister den finanzpolitischen Offenbarungseid, wenn er nicht ein klares Nein zu einer Politik sagt, bei der

auf der Trasse Hamburg-Berlin Milliarden Mark Steuergelder nutzlos verbuddelt werden.

Und es gibt soziale Gründe, die gegen den Transrapid sprechen: Wer unter der Losung „Für eine gerechte Republik“ erfolgreich um Wählerstimmen warb, der muß alles dazu beitragen, daß der Transrapid ins Museum für verhinderte Verkehrsgeschichte gleitet. Ähnlich wie beim Eurofighter haben die zehn Milliarden Mark, die der Transrapid die Steuerzahler mindestens noch kosten soll, hohen Symbolwert: Bei der offiziellen Transrapidplanung handelt es sich um ein gut verpacktes Geschenk an Daimler-Chrysler, Thyssen, Siemens und die Großbanken, die damit eine Verlängerung ihrer fetten Jahre aus der Kohl-Ära finanziert bekommen sollen. Die gleichen zehn Milliarden Mark könnten aber auch die Startfinanzierung für eine Politik der Verkehrswende und damit auch für einen wirksamen Kampf gegen die Erwerbslosigkeit sein.

Zur letzteren Option kann die neue PDS-Fraktion im Bundestag und kann die PDS auf Länderebene - nicht zuletzt auch in Schwerin beitragen.

genden Jahren Rechenschaft ablegen. Auch für die neu gebildete Fraktion werde ich – wie bisher – als Sprecher der PDS im Verkehrsausschuß arbeiten und – an zweiter Stelle – auch im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (dort als stellvertretendes Mitglied) tätig sein. Verkehr und Internationales bleiben also meine Schwerpunkte.

Ich bitte Euch, unsere Initiativen sowie die außerparlamentarischen Ansätze vor Ort zu unterstützen und unsere Arbeit kritisch zu begleiten. Ich bin bereit, weiterhin mit all meinen Kräften den Aufbau des PDS-Landesverbandes zu unterstützen. Sozialistische Politik braucht es nicht nur im Bund, sondern auch in den Kommunen und auf Landesebene. Auch für die vor uns stehende Legislaturperiode stehe ich nicht nur in meinem Wahlkreis Mannheim sondern allen uns nahestehenden Verbänden und Initiativen im Land für eine Zusammenarbeit zur Verfügung. Konkret kann ich anbieten, bis zum Jahresende in allen wichtigeren Orten die Vorhaben und Angebote der neuen Fraktion zu erläutern.

*Herzlich
Winfried Wolf*

Danke für die Glückwünsche

In den letzten Tagen erreichte uns eine Vielzahl von persönlichen und politischen Glückwünsche zur Wiederwahl von Winfried.

Eine, die der Stuttgarter Naturfreunde, soll hier stellvertretend zitiert werden:

Lieber Winfried, auf diesem Wege gratulieren wir Dir herzlich zu Deiner Wahl in den Deutschen Bundestag. Es freut uns, daß alle drei Kandidaten, die sich am 20. September im Waldheim Sillenbuch den Besucherinnen und Besuchern unserer Matinee vorstellten, ihr Ziel erreicht haben. Wir hoffen nun auf eine starke fraktionsübergreifende Gruppe „Die Naturfreunde im Bundestag“.

***Mit freundlichen Grüßen,
Ellen Breitling für den Vorstand der
Stuttgarter Naturfreunde.***

P.S.: Die „drei gewählten Naturfreunde“ sind Ute Kumpf (SPD), Winfried Herrmann (B90/Grüne) und Winfried Wolf (PDS).



Analyse der Bundestagswahl und der neuen politischen Situation

I. Wesentliches Ziel erreicht: 16 Jahre Kohl-Regierung gingen zu Ende

Das Wahlergebnis des 27. September ist zunächst als Ausdruck der politischen Großwetterlage und hinsichtlich der Rahmenbedingungen für die weitere PDS-Arbeit zu begrüßen. Im Willen der Wählerinnen und Wähler drückt sich eine breite Absage an die neoliberale Politik der bisherigen Regierung Kohl aus. Auch wenn diese unter Schröder weitgehend fortgesetzt werden wird, so ergeben sich doch neue Chancen für eine andere Politik, für parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen, für soziale Bewegungen. Dieses Datum des 27. Septembers 1998 stellt zweifellos einen tiefen Einschnitt in der deutschen Geschichte dar.

1.1. Parlamentarismus, Wahlen und das Datum „27.9.1998“

Einige Medien überhöhten den Bruch, den es mit der Wahl 1998 gegeben hat, und sprechen davon, es sei „das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik“, daß ein „Kanzler aus dem Amt gewählt wurde“ – so hier die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (29.9.1998); ähnliches wird dann in PDS-Erklärungen wiederholt. Zwar gab es in der westdeutschen Geschichte zuvor vier Kanzlerwechsel, die bezeichnenderweise ohne Wahlen stattfanden (1963 von Adenauer zu Erhard, 1966 von Erhard zu Kiesinger, 1974 von Brandt zu Schmidt und 1982 von Schmidt zu Kohl). Doch mit den Wahlen 1969 wurde tatsächlich erstmals ein Kanzler, eben Kurt-Georg Kiesinger „aus dem Amt gewählt“. Willy Brandt bildete eine sozial-liberale Koalition – übrigens mit nur 12 Stimmen Mehrheit, die er dann bei den Bundestagswahlen 1972, nach dem erneuten Versuch eines Kanzlerwechsels ohne Wahlen, bei dem sogar MdB-Stimmen gekauft wurden („Barzel-Coup“), erheblich ausbauen konnte. Er wurde dann ein Jahr später – nun wieder ohne Wahlen – gestürzt.

Andere Medien haben den Wechsel, zu dem es nun in der Regierung kommt, auf andere Weise überhöht. So kennt Gunter Hofmann in der „Zeit“ (1.10.1998) drei „Machtwechsel“, die es in der Bundesrepublik gegeben habe. Gemeint sind 1969, 1982 und nun, 1998. Dabei wird der neue, der „dritte Machtwechsel“ noch mit dem Begriff der „Berliner Republik“ in Verbindung gebracht. Das ist Geschichts-

klitterung und falsche Analyse pur. Die wirkliche Macht in diesem Land üben nicht Regierungen – egal ob sie in Bonn oder Berlin residieren und intrigieren – aus. Diese liegt bei den Großbanken und in den Konzernzentralen. Sehr präzise hat dazu der neue DaimlerChrysler-Boss, Schrempp, neun Tage vor der Wahl auf meine Frage (als „Kritischer Aktionär“), ob „rot-grün“ den „Eurofighter“ noch stoppen könne, geantwortet, „keine Regierung“ könne dieses große Rüstungsprojekt noch zu Fall bringen. Recht hat der Mann von der Deutschen Bank Gnaden: Stoppen wird dieses Projekt auch nicht rot-grün. Es könnte nur verhindert werden durch eine außerparlamentarische Mobilisierung – und es muß gestoppt werden! Diese, wirklich entscheidenden politischen Themen wurden und werden anderswo beantwortet. Bei dieser Aufzählung von drei „Machtwechseln“ fällt aber auch die Westblindheit ins Auge. Wenn es in diesem nach dem Zweiten Weltkrieg nun wieder zusammengeflackten Land und nach der Bildung von DDR und BRD einen Machtwechsel gab, dann 1989/90 – als in der DDR die herrschende bürokratische Kaste auf Druck der Straße zusammenbrach, die Kraft der fortschrittlichen Menschen jedoch nicht zu etwas Neuem, Demokratischem, ausreichte. Vielmehr fiel die Macht im kleineren deutschen Staat, nachdem sie ein paar Wochen lang auf Straßen und Plätzen lag, erneut den in Westdeutschland die Macht Ausübenden in die Hände. Womit ein „Machtkreis“ geschlossen ward: von 1871 bis heute üben in deutschen Ländern dieselben Konzerne, Banken und Dynastien die Macht aus – mit der angesprochenen zeitlichen Unterbrechung bzw. räumlichen Einschränkung in den Jahren 1945 bis 1990.

Ach ja, der erwähnte „Zeit“-Autor nennt die Ereignisse 1989/90 im selben Artikel eine „unerhörte Begebenheit“, von der er bei dieser zeitlichen Reihung von „drei Machtwechseln“ „einmal absieht“.

1.2. Bedeutung, Chancen und Gefahren des Regierungswechsels 1998

Das bisher Gesagte soll die Bedeutung des 27. Septembers 1998 nicht schmälern, wohl aber die Relationen klarstellen. In der ersten Erklärung der neuen Bundestagsfraktion der PDS vom 2. Oktober 1998 heißt es:

„Der Wahlsieg Gerhard Schröders ist auch ein Erfolg für die politische Linke, nicht nur, weil sie ihren Anteil daran hat, sondern weil sich im Vergleich zur Ära

Kohl die Bedingungen für demokratische Reformen verbessert haben und die Möglichkeiten für eine soziale Politik gewachsen sind. Der Regierungswechsel zu einer rot-grünen Bundesregierung stellt einen gravierenden politischen Bruch dar.“

Das ist zutreffend. Es war unbestreitbar ein bei einer großen Mehrheit vorhandener Wunsch: Die Regierung Kohl und ihre neoliberale, gegen die Mehrheit der Bevölkerung gerichtete Politik sollte mit der Bundestagswahl beendet werden. Das ist erfolgt und zwar weit deutlicher, als das von vielen erwartet wurde. SPD und Bündnis 90/Die Grünen verfügen über eine komfortable Mehrheit. Die PDS befindet sich nicht in der – auch für sie schwierigen – Lage, als Zünglein an der Waage zu fungieren und eine an sich untolerierbare Regierung Schröder punktuell – zur Verhinderung eines größeren Übels – zu tolerieren. In diesem Zusammenhang ist es richtig, wenn die neue PDS-Fraktion im Bundestag ihre Stimmen nicht einem Kanzler Schröder gibt. Da wir vor der Wahl übereinstimmend sagten, gegebenenfalls auch einen Kanzler Schröder zu wählen, wenn nur so Kohl abzuwählen sei, ist es nunmehr, wo es auf die PDS nicht ankommt, konsequent, sich der Stimme zu enthalten. Wobei m.E. individuelle PDS-Stimmen gegen Kanzler Schröder ebenfalls begründbar sind und ein derart differenziertes PDS-Abstimmungsverhalten in diesem Fall unproblematisch ist.

Als neue Regierung wird sich voraussichtlich zunächst eine SPD-Bündnisgrüne Koalition bilden. Nicht übersehen werden sollten bleibende Gelüste führender Kreise auf eine Große Koalition: Es gab eine solche de facto in den letzten Jahren – für die Bahn- und Postprivatisierung, für den Großen Lauschangriff und für die letzte Mehrwertsteuererhöhung. Eine solche ist auch nach der Wahl am 27.9. möglich. Erinnert sei daran, daß Oskar Lafontaine in der „Bonner Runde“ in der Wahlnacht sich keineswegs auf „rot-grün“ festlegte. Es war dann die – durch Überhangmandate erreichte – große Stimmenmehrheit und die Stimmung im SPD- und Grünen-Lager, die eine rot-grüne Koalition zur ersten Option machte.

Was von dieser Regierung zu erwarten ist, haben wir bereits im Wahlkampf gesagt: Sie wird den Kurs der Regierungen Kohl prinzipiell nicht kippen. Arbeitslosigkeit und Armut werden nicht ernsthaft bekämpft und schon gar nicht wird Reichtum begrenzt werden. In der Außenpolitik könnten sich die aggressiven und militaristischen Tendenzen noch verstärken: Zur Einübung aufs Außenamt hatte Joseph Fischer bereits kurz vor der Wahl die US-Militärschläge in Afghanistan und im Sudan „begrüßt“. Möglicherweise wird es hier bereits in den nächsten Wochen – Stichwort: Kosovo – eine neue Zuspitzung und

eine gezielt herbeigeführte „Bewährungsprobe in Sachen Bündnistreue“ für die kommende SPD-Grünen-Regierung geben.

Es war übrigens Marion Gräfin Dönhoff, die Herausgeberin der „Zeit“, die auf diese Kontinuität deutscher Politik verwies und dafür gerade die Grünen als Garanten nannte. Sie schrieb: „Viele meinen, die Grünen werden unrealistische Ziele verfolgen, der SPD das Regieren schwer machen, die Entwicklung hemmen. Aber das dürfte eine übertriebene Sorge sein. Der Sachzwang, la nature des choses, wie de Gaulle das nannte, ist in diesem Moment stärker als die Ideologie.“

Gut aus der warmen Ferne beobachtet, Frau Gräfin! Selbige gestand im zitierten Beitrag ein, „den so entscheidenden Wahltag auf einer Insel in Süditalien zu verbringen“.

1.3. Zu erwartende Brüche bei SPD und Grünen – Herausforderung für die PDS

Das alles soll nicht heißen, alles bleibe beim Alten. Millionen Menschen setzen in die neue Regierung große Erwartungen. Diese wird aus eigenem Antrieb nur einigen wenigen dieser Hoffnungen gerecht werden – wie im Fall der Rücknahme der Beschränkungen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Viele Erwartungen werden schnell enttäuscht werden. Das kann mehr über kurz als über lang zu erheblichen Brüchen in der Anhängerschaft und in der Mitgliedschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen führen. Der Verweis, solche Brüche habe es im Fall von „rot-grün“ auf Landesebene und im Fall der SPD-geführten Regierungen in den Jahren 1972 bis 1982 nicht gegeben, übersieht dreierlei:

– Erstens die Tatsache, daß auf Landesebene meist die – nicht immer berechtigte – „Entschuldigung“ vorgebracht werden kann, den Regierungen in Kiel, Wiesbaden, Magdeburg oder Düsseldorf seien die Hände gebunden und Bonn sei „zuständig“.

– Zum zweiten sind die Entscheidungen, die „rot-grün“ in Bonn bzw. ab Mitte 1999 in Berlin zu treffen haben wird, unvergleichbar brisanter als Themen, die sich auf Landesebene stellen und möglicherweise auch gewichtiger als Entscheidungen, die in den siebziger Jahren unter Kanzler Schmidt getroffen wurden. Schmidt hatte – übrigens: gegen die SPD-intern von Lafontaine angeführte Opposition – die sogenannte „Nachrüstung“ (Pershing II, Cruise Missiles) durchgesetzt, woran die neue Regierung Kohl dann nahtlos ansetzen konnte. Ein Kanzler Schröder und ein Außenminister Fischer werden nicht nur die fortgesetzte Umrüstung der Bundeswehr und nicht nur neue Waffenprogramme wie NH 90-

Friedensnetz Baden Württemberg: Landeskonferenz: Samstag, 17.10.1998, ab 10.30 Uhr, Heilbronn, Evangelisches Gemeindehaus Horkheim: Im Rahmen dieser Landeskonferenz findet ab 10.45 Uhr eine Podiumsdiskussion statt zum Thema: „Nach der Wahl – friedenspolitische Forderungen an die Linksparteien im Parlament“. Teilnehmer sind u.a. Reinhard Bütikofer (Landesvorsitzender von B90/Grüne) und Winfried Wolf (MdB/PDS). Auch seitens der SPD gibt es eine Zusage.

Kampfhubschrauber, Militärgrößtransporter „Future Large Aircraft“, „Eurofighter“, jetzt „Taiphooon“ genannt und für Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr betreiben. Sie sind bereit, Militäreinsätze im Ausland zu beschließen und Verantwortung zu übernehmen für Akte militärischer und imperialistischer Aggression. Letzteres steht in krassem Widerspruch zur Programmatik dieser Parteien und – im Fall der Bündnisgrünen – in Widerspruch zu ihrer Tradition. Letzteres gilt im übrigen noch mehr für den Ost- als für den West-Teil dieser Partei – siehe die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“.

– Drittens schließlich wird bei solchen Vergleichen die weltwirtschaftliche und finanzpolitische Lage nicht oder zu wenig berücksichtigt. Noch mehr als vor zehn Monaten, als ich das Buch „CasinoCapital“ veröffentlichte, sehe ich die Gefahr einer schweren, weltweiten Wirtschaftskrise. Das weltweite Börsengeschehen rund um den Wahltermin in der BRD – und unabhängig von diesem – muß als Wetterleuchten für diese Drohung gesehen werden. Kommt es zu einer solchen Krise, werden sich binnen kurzer Zeit die Rahmenbedingungen für jegliches politische Handeln verändern. In jedem Fall – auch bei einem „normalen“ Fortgang der kapitalistischen Dinge – sind einer SPD-Grünen-Regierung finanzpolitisch die Hände gebunden, da die öffentlichen Schulden mit einer Eigendynamik wachsen, die nur eine eindeutig antikapitalistische Politik brechen könnte.

Diese drei Verweise, weshalb es bald Brüche im SPD- und im Grünen-Lager geben dürfte, können um andere Themen erweitert werden. Nur einen „Einstieg in den Ausstieg“ zu bieten, muß einem großen Teil der antiatomar engagierten grünen Basis wie Hohn vorkommen, weiß diese doch, daß die Atommeiler bereits am 29. September hätten abgeschaltet werden können und daß auch in diesem Fall in der Republik kein Licht ausgegangen wäre.

Zur Entzauberung des „rot-grünen“ Modells könnte im übrigen auch die Verkehrsproblematik ihren Beitrag leisten: Ein neuer Bundesverkehrswegeplan steht an – er wird die Handschrift des „Automannes“ Schröder tragen; die Bahnprivatisierung kommt in ihre entscheidende Phase – die verkehrspolitischen Grünen-Positionen werden Schiffbruch erleiden; die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin

dürfte mit einer Kompromiß-Formel in die Bauphase kommen.

Der Fall einer solchen Entzauberung von „rot-grün“ wird für die PDS schnell zur entscheidenden Herausforderung werden. Die Debatte um den Transrapid im Vorfeld einer neuen Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern hat hier bereits Signalwirkung.

In diesem Zusammenhang könnte allerdings auch ein bisher unverwähntes und dennoch wichtiges, gutes Ergebnis der Bundestagswahl schnell zunichte gemacht werden: Faschisten und Rechtsextreme konnten am 27. September weder auf Bundes- noch auf Meck-Pomm-Ebene die Erfolge, die sie kurz zuvor in Sachsen-Anhalt erzielt hatten, wiederholen. Das würde sich jedoch schnell ändern, wenn das rot-grüne Modell entzaubert ist, wenn sich die ökonomische und soziale Lage weiter verschlechtert und falls eine PDS nicht in der Lage wäre, der sich ausbreitenden Enttäuschung eine fortschrittliche Richtung zu weisen. Das unzureichende Ergebnis der PDS im Westen – der wichtigste kritische Aspekt des Wahlausgangs – ist hierfür eine ungünstige Ausgangsbasis.

II. PDS

Das PDS-Wahlergebnis ist insgesamt zufriedenstellend. Eine Analyse im Detail ergibt allerdings ein sehr differenziertes Bild. Schwachstelle ist weiterhin das unzureichende Wachstum im Westen, wobei der krasse Unterschied im Wachstum zwischen Erst- und Zweitstimmen Anlaß zu Optimismus – bereits bei den kommenden Europa-Wahlen – gibt.

2.1. Entscheidende Wahlziele erreicht

Die qualitativen Ziele, die sich die PDS bei den Wahlen setzte, wurden alle erreicht: – Die PDS konnte erneut vier Direktmandate erobern und hätte damit bereits, wie 1994, den Wiedereinzug (zumindest als Gruppe) in den Bundestag geschafft – die PDS kam auf über 5 Prozent der Stimmen und wurde damit zum ersten Mal Fraktion. – Schließlich konnte die PDS in Ost und West wachsen – außer der SPD ist sie die einzige Partei, die einen Anstieg an absoluten Stimmen und einen solchen beim Stimmenanteil realisieren konnte.

Bundesweit hat die PDS bei den Erststimmen von 1.920.420 auf 2.415.040 oder um knapp eine halbe Million Stimmen (494.620) zugelegt. Damit konnte sie ihren Erststimmenanteil von 4,1 Prozent im Jahr 1994 auf 4,9 Prozent im Jahr 1998 steigern. Bei den – entscheidenden – Zweitstimmen legte die PDS von 2.066.176 auf 2.513.788 oder um 447.612 Stimmen zu. Hier stieg der Stimmanteil von 4,4 auf 5,1 Prozent – et-

was weniger als im Fall der Erststimmen. Das Phänomen dieser Diskrepanz wird in der folgenden Analyse noch öfter auftauchen – und zwar stärker als in diesen bundesweiten – nivellierten – Zahlen.

2.2. PDS-Wahlsieg trotz schwieriger Ausgangsbedingungen

Dabei waren die Rahmenbedingungen für einen solchen Erfolg nicht günstig. Alle Parteien hatten sich in den letzten Wochen vor der Wahl darauf geeinigt, die PDS als Haupthindernis für einen positiven Wahlausgang zu erklären. Insbesondere SPD und Grüne führten dabei einen ausgesprochen aggressiven Anti-PDS-Wahlkampf und erklärten ausdrücklich, die PDS müsse aus dem Bundestag gewählt werden, u.a. um eine Große Koalition zu verhindern.

Die Meinungsforschungsinstitute mit ihrer falschen – m.E. teilweise gezielt manipulierten – Vorhersage eines Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen CDU/CSU und SPD schienen hierfür die empirische Basis zu liefern. Das Ergebnis der Bayern-Wahl mit den überraschenden CSU-Gewinnen schienen diese Prognosen noch zu bestätigen. Die überregionalen Medien grenzten die PDS 1998 – zumindest im Westen – noch mehr als 1994 aus. Auf den lokalen Zeitungsseiten allerdings kamen unsere Kandidatinnen und Kandidaten insgesamt besser zum Zug als 1994.

Alle Berichte vom Wahlkampf vor Ort besagen, daß die erwähnte Grünen- und SPD-Kampagne gegen die PDS gerade in den Tagen vor der Wahl Wirkung zeigte. Insbesondere in der „klassischen linken Szene“ mit hohen grünen Stimmenanteilen, die es ausgeprägt in Städten und stärker im Westen als im Osten gibt, wurde als Resultat dieser Kampagne und als Ergebnis der (falschen) Wahlprognosen verstärkt „taktisch gewählt“. Im Klartext: Der PDS gingen dabei viele der entscheidenden Zweitstimmen verloren. Das real existierende Potential an PDS-Stimmen konnte an den Urnen nicht voll für die PDS mobilisiert werden.

2.3. PDS in den alten und in den neuen Ländern

Für viele am überraschendsten und am meisten erfreulich bei den PDS-Wahlerfolgen war der beachtliche Anstieg der PDS-Stimmen – absolut wie relativ – in den neuen Bundesländern. Insgesamt hat die PDS in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) einen Zweitstimmenzuwachs von 382.883 erzielt (bei den Erststimmen etwas weniger: plus 366.282); in den alten Bundesländern lag der Zuwachs bei den Zweitstimmen bei 90.933; bei den Erststimmen mit 128.923 um mehr als 40 Prozent (!) höher.

In Berlin gab es bei den Erststimmen minimale Rückgänge, bei den Zweitstimmen einen solchen um 26.199.

Damit kam für die PDS der entscheidende Zuwachs – sowohl hinsichtlich der absoluten Stimmenzahl wie hinsichtlich der Stimmenanteile – aus den neuen Bundesländern. Die Zuwächse im Westen sind – ausgedrückt als Wachstum 1998 gegenüber 1994 – lediglich aufgrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus höher. Ohne sie hätte es allerdings auch nicht zum Fraktionsstatus gereicht.

2.3. Besonderheiten auf Länderebene und beim Ost-West-Vergleich

Beim Vergleich der Ergebnisse in den neuen und in den alten Ländern fällt auf, daß im Westen der Erststimmenzuwachs wesentlich über dem Zweitstimmenzuwachs liegt, während umgekehrt in den neuen Bundesländern das Wachstum stärker bei den Zweitstimmen erfolgte. So stiegen im Westen die Erststimmen um 90,2 Prozent, während die Zweitstimmen „nur“ um 27 Prozent zunahm. In den neuen Bundesländern wuchsen die Zweitstimmen um 26,6 Prozent, der Erststimmenzuwachs liegt mit 25 Prozent leicht darunter.

Wichtig war für das fast verdoppelte Erstimmenresultat im Westen die wesentlich gestiegene Zahl an Direktkandidaturen. Eine Erklärung dafür, daß im Westen das Wachstum bei den Zweitstimmen im Vergleich zu demjenigen bei den Erststimmen „lahmte“, dürfte jedoch auch darin zu suchen sein, daß im Westen verstärkt „taktisch gewählt“ wurde.

Bei den Wahlergebnissen im Osten Berlins, wo ja die wichtigen vier Direktmandate (durch die Erststimmen) erobert wurden, gab es gegenüber 1994 erhebliche Verluste bei den Zweitstimmen. Und zwar gingen die Zweitstimmenanteile der PDS dort wie folgt zurück: Berlin Mitte-Prenzlauer Berg um 5,7 Prozentpunkte, Berlin-Friedrichshain um 5,1, Berlin-Hellersdorf/Marzahn um 5,1, Berlin-Hohenschönhausen/Pankow/Weißensee um 4,2, Berlin-Köpenick um 3,4 Prozentpunkte.

Aber auch im Westbezirk Kreuzberg sackte die PDS von 5,3 % (1994) auf 4,4% (1998) ab. In den anderen Westberliner Wahlbezirken gab es einen durchschnittlichen Anstieg bei den Zweitstimmenanteilen.

Die wesentliche Erklärung für die Verluste dürfte in einem „taktischen Wahlverhalten“, wenn auch besonderer Art, zu suchen sein. Viele, die mit der Erststimme in den östlichen Bezirken PDS wählten und damit das PDS-Ziel unterstützten, zumindest drei Direktmandate zu erobern, glaubten damit gewissermaßen, mit der Zweitstimme nunmehr „nützlich“ wählen, Kohl durch Stimmen für SPD

oder Grüne „abwählen“ zu können.

Die Tatsache, daß das Wahlergebnis in Berlin-Mitte-Prenzlauer Berg nicht wesentlich von demjenigen in den anderen Ostberliner Bezirken abweicht, müßte noch näher analysiert werden. Immerhin wurde im Vorfeld der Wahl darauf verwiesen, daß in Prenzlauer Berg der größte Bevölkerungsaustausch von ganz Ostberlin stattfand und bis zur Hälfte der 1998er Bevölkerung nunmehr aus dem Westen stammt.

In einer detaillierteren Analyse wäre auf die durchaus unterschiedlichen PDS-Ergebnisse in den neuen Bundesländern einzugehen. So gab es in Mecklenburg-Vorpommern nur einen absoluten und keinen relativen Stimmenzuwachs und in Brandenburg einen – für die neuen Bundesländer – unterdurchschnittlichen Zuwachs von einem Prozent. In Sachsen-Anhalt lag der Zuwachs dann bei 2,7 Prozentpunkten, in Sachsen bei 3,3 und in Thüringen bei 4 Prozentpunkten. Teilweise dürfte hier ein auch im Osten für die Linke charakteristisches Nord-Süd-Gefälle weiter ausgeglichen worden sein. Teilweise dürfte es spezifische Gründe für diese Unterschiede geben.

In den westlichen Bundesländern gibt es ebenfalls erheblich unterschiedliche PDS-Wahlergebnisse. So verlor die PDS in ihrer West-Hochburg Bremen absolut und relativ Stimmen; der Zweitstimmenanteil fiel von 2,7 auf 2,4 Prozent. In Niedersachsen blieb der Stimmenanteil konstant – bei einem Prozent. In NRW (Anstieg von 1,0 auf 1,2 %), Baden-Württemberg (von 0,8 auf 1%) und Bayern (von 0,5 auf 0,7%) gab es den im Westen durchschnittlichen Anstieg um 0,2 Prozentpunkte, während es im Saarland (von 0,7 auf 1,0 %), in Hessen (von 1,1 auf 1,5), in Rheinland-Pfalz (von 0,6 auf 1,0) und in Schleswig-Holstein (von 1,1 auf 1,5%) einen für die alten Bundesländer überdurchschnittlichen Stimmenanstieg gab.

Als allgemeine Erklärung für diese Unterschiede im Westen bietet sich die Einebnung des Nord-Süd-Gefälles bzw. des Gefälles zwischen Land und Stadt an: Überall in den weniger von großen Städten geprägten Gebieten und Bundesländern hat die PDS überdurchschnittlich zugelegt. Dem entspricht die wiederholt geäußerte These, daß insbesondere die städtische traditionelle Linke wahltaktisch gewählt, sich von dem Argument, eine Stimme für die PDS sei eine Stimme für eine Große Koalition, habe leiten lassen. Bei Niedersachsen gibt es die Besonderheit, daß hier die „Kanzlerwahl“ eine besondere Rolle spielte – die SPD hat hier auch deutlich überproportional zugelegt (von 40,6 auf 49,4%), wobei die jüngst für die SPD gut verlaufene Landtagswahl auch in dieser Richtung wirkte. Herauszu- stechen scheint mir das für die PDS über-

durchschnittliche hessische Wahlergebnis, zumal dieses Bundesland stark städtisch und von einer entwickelten linken Szene geprägt ist. In Hessen gab es in Städten mit linker Szene durchaus auch das typische unterdurchschnittliche PDS-Abschneiden – so in Marburg.

Auch der Verweis, in Hessen habe die Enttäuschung mit rot-grün für PDS-Stimmengewinne gesorgt, überzeugt nur bedingt, da es diese Enttäuschungen auch in NRW gibt, was sich jedoch nicht in einem überdurchschnittlichen PDS-Ergebnis niederschlug. Einiges spricht dafür, daß die Übertritte aus der SPD zur PDS und Fred Gebhardt als ehemaliger SPD-Mann als Spitzenkandidat mit zu diesem guten Ergebnis und vor allem zu Stimmen aus dem ehemals sozialdemokratischen Milieu führten. Hinzu kommt, daß in Hessen die Landesliste wesentlich vor derjenigen in den anderen West-Bundesländern (Ausnahme: Bayern) aufgestellt wurde.

III. PDS in Baden-Württemberg

Das baden-württembergische PDS-Ergebnis entspricht dem durchschnittlichen West-PDS-Ergebnis. Es scheint hinsichtlich des unterschiedlichen Abschneidens in Hochburgen und auf dem Land für die West-PDS charakteristisch zu sein.

3.1. Ergebnisse auf Landesebene

Die PDS in Baden-Württemberg hat ihre Erststimmenzahl von 18.698 auf 36.116 knapp verdoppelt (plus 93%). Anteilmäßig stieg hier das Wachstum von 0,33 auf 0,61%. Dazu trug bei, daß 1994 in „nur“ 19 von 37 Wahlkreisen direkt kandidiert wurde; 1998 gab es in 26 Wahlkreisen Direktkandidaten. Allerdings gab es in einer Reihe von Wahlkreisen 1994 Direktkandidaten, in denen es solche 1998 nicht gab – so in den wichtigen Städten Freiburg und Ulm.

Bei den Zweitstimmen stiegen die PDS-Stimmen absolut von 42.994 in 1994 auf 58.027 oder um 34,9%. Die Zweitstimmenanteile stiegen von 0,76 auf 0,98%.

Das ehrgeizige Ziel einer Verdopplung der Stimmen, das die PDS im Land sich setzte, wurde also nur bei den Erststimmen erreicht und bei der anderen – entscheidenden – Relation deutlich verfehlt.

3.2. Stadt-Land-Vergleiche

Es wiederholt sich in Baden-Württemberg das Phänomen aus anderen Ländern: – In den Städten liegt das Wachstum unterdurchschnittlich, auf dem Land überdurchschnittlich – In Städten mit einer typischen „linken Szene“ kam es sogar zu einem Stimmenrückgang – in fast allen stark

ländlich geprägten Wahlbezirken liegt das PDS-Wachstum über dem Landesdurchschnitt.

So kam es in Stuttgart I (von 1,3 auf 1,2), in Freiburg (von 1,51 auf 1,45) und in Tübingen (von 1,4 auf 1,2%) zu einem Rückgang beim Zweitstimmenanteil.

In den ländlichen Wahlbezirken Rottweil-Tuttlingen (von 0,5 auf 1,1), Schwarzwald—Baar (von 0,6 auf 1,2), Zollernalb-Sigmaringen (von 0,4 auf 0,8) konnten die Stimmenanteile glatt verdoppelt werden.

Das soll nicht heißen, daß alle diese Entwicklungen gewissermaßen naturgesetzlich stattfanden. Sonderfaktoren vor Ort und der PDS-Wahlkampf spielten eine Rolle. So gab es andere große Städte als die erwähnten, in denen es auch ein Wachstum der PDS-Stimmenanteile gab (so in Stuttgart II von 1,1 auf 1,2), in Mannheim I u. II (von 1,5 auf 1,6 bzw. von 0,9 auf 1,1) und in Karlsruhe Stadt (von 1,4 auf 1,5). Auch in Unistädten wurde teilweise zugelegt – so in Heidelberg von 1,2 auf 1,4 und in Konstanz von 0,9 auf 1,1 Prozent.

Und die Stimmengewinne auf dem Land konnten „nur“ in den angeführten Landwahlbezirken verdoppelt werden; in anderen Wahlbezirken waren sie zwar überdurchschnittlich, aber nicht so hoch: So in Calw von 0,6 auf 0,9 oder in Odenwald-Tauber von 0,5 auf 0,8 oder in Aalen-Heidenheim von 0,5 auf 0,7 %.

Auch das Beispiel Offenburg zeigt, daß ein durchschnittlicher Stimmenzuwachs in den Flächenwahlkreisen durch Wahlkampfaktivitäten überdurchschnittlich (Offenburg von 0,6% auf 1,0%) aufgestockt werden kann. Was die Kategorie der ländlichen Wahlbezirke betrifft, so scheint die Aussage gerechtfertigt, daß sich ein intensiver PDS-Wahlkampf zusammen mit Direktkandidaturen in überdurchschnittlich guten PDS-Wahlergebnissen niederschlug. Dies gilt für die genannten Wahlbezirke Rottweil-Tuttlingen, Schwarzwald-Baar und Zollernalb-Sigmaringen, wo es die zitierte Verdopplung der Zweitstimmenanteile gab.

3.3 Schwachstellen und Stärken des Wahlkampfes in Baden-Württemberg

Die These, der Wahlkampf werde, gerade im Westen, durch die Großwetterlage und durch den Medien-Wahlkampf entschieden, ist nur als eine sehr allgemeine Aussage brauchbar. Die beschriebenen erheblichen Unterschiede, sei es im Ost-West-Vergleich, sei es im Vergleich zwischen einzelnen Bundesländern, sei es innerhalb derselben und die Analyse dieser Unterschiede zeigt, daß der subjektive Faktor – konkret: das PDS-Engagement vor Ort bzw. das Fehlen eines solchen Engagements – erheblich zum Wahlergebnis beitragen.

So lassen sich die folgenden besonderen Aspekte hervorheben, die das PDS-Ergebnis im Südweststaat positiv wie negativ beeinflussten. Dies erfolgt weitgehend auf Grundlage der Diskussion, die der Landesvorstand der PDS Baden-Württemberg am 28.9. führte.

1. Es gab einen wesentlich verspäteten Wahlkampfstart. Dies war der verspäteten Aufstellung der Landesliste geschuldet (am 27. April). Verglichen mit anderen Parteien, z.B. den Grünen, erfolgte dies fast um zwei Monate verspätet. Das Argument, auch in den neuen Bundesländern habe die PDS ihre Landeslisten ähnlich spät aufgestellt, überzeugt nicht. Zum einen spielen dort die (wesentlich vor Aufstellen der Landesliste erfolgten) Direktkandidaturen eine größere Rolle als im Westen. Zum anderen existieren dort bereits Parteistrukturen, die relativ unabhängig von der Aufstellung der Landesliste den Wahlkampf vorbereiten.

2. Der überraschende Rücktritt des langjährigen Schatzmeisters Richard Pitterle und der Landessprecherin Ulrike Hintsches nach Aufstellen der Landesliste – beide waren erst im vorausgegangenen November neu gewählt worden – machten die Durchführung einer a.o. Landesmitgliederversammlung zur Neuwahl des Landesvorstands erforderlich. Aus statuarischen Gründen konnte diese erst am 21.6. stattfinden. Dadurch ging weitere Zeit verloren. Auch wenn zwischenzeitlich und parallel die Wahlkampf vorbereitungen liefen, der Verband mußte sich zwangsläufig mit sich selbst beschäftigen.

Beide Faktoren verschärften unsere Schwachstellen und hatte ernsthafte Folgen:

– Die Zahl der Direktkandidaturen waren nicht flächendeckend. Dies hätte im Fall einer früher aufgestellten Landesliste stärker gefördert werden können. Zumindest die Peinlichkeit, in den Großstädten Ulm und Freiburg – anders als 1994 – keine Direktkandidaturen zu haben, hätte vermieden werden können.

Dadurch wären auch deutlich mehr Zweitstimmen „gezogen“ worden.

– Mit wenigen Ausnahmen gelang es uns nicht, Wählerinitiativen, die wesentlich über den engen Kreis von PDS-Mitglieder und Sympathisierenden hinausgingen, zustande zu bekommen. Gerade dafür hätte es jedoch ausreichend Zeit benötigt. Solche Initiativen hätten nicht nur unsere Kräfte im konkreten Wahlkampf wesentlich verstärkt. Sie hätten auch als Brücken in andere Milieus, z.B. das sozialdemokratische und gewerkschaftliche und dasjenige um Erwerbsloseninitiativen, dienen können.

Im übrigen sei angemerkt: Die erwähnten Rücktritte inmitten der Realisierung der Wahlformalitäten stellten auch eine enorme Belastung für ein korrektes Ein-

reichen der Landesliste und der Direktkandidatur-Unterlagen dar. Immerhin mußten wir die beim Landeswahlleiter gemeldeten verantwortlichen Vorstandsmitglieder in der sensiblen Anmeldephase austauschen.

3. Es gab in der Landeshauptstadt Stuttgart durch die Art, wie die Direktkandidatur in Stuttgart I zustande kam, eine Beschädigung von PDS-Interessen, wie sie auch im „ND“ konstatiert wurde. In der Folge war die PDS in der Landeshauptstadt auf Podien weit unterdurchschnittlicher vertreten als anderswo; die Chance, das von allen anderen Parteien dort verstärkt aufgegriffene Thema „Stuttgart 21“ zu besetzen, wurde vertan. Hinzu kommt, daß ausgerechnet in der Landeshauptstadt der PDS-Wahlkampf nur schwach geführt wurde oder geführt werden konnte. Um so erstaunlicher ist, daß dort selbst Unterstützungsangebote der DKP für das Aufstellen von Plakatträgern und das Verteilen zentraler Materialien explizit ausgeschlagen wurden.

4. Die Wahlkampfmaterialien erreichten die PDS im Südwest-Staat – so wie in den anderen westlichen Ländern – viel zu spät: erst Ende August. Da die Wahlkampfzentrale darüber hinaus nicht bereit war, die Materialien an mehr als zwei Orte anzuliefern, verfügten manche BOs erst viel zu spät über erste Plakate, die Wahlkampfzeitung usw. Die Lage der Schulferien im Land scheint dabei in Berlin ebenfalls nicht berücksichtigt worden zu sein: Da diese (übrigens ähnlich wie in Bayern) vom 30.7. bis 12.9. terminiert waren, gab es eine erste Wahlkampfphase in der zweiten Juli-Hälfte und bis Anfang August und eine zweite erst ab der ersten Septemberwoche. Für die genannte erste Phase fehlte uns jedoch fast jegliches Wahlkampfmaterial.

5. Der generell zu stark zentralisierte PDS-Wahlkampf ist für einen PDS-Erfolg in unterschiedlicher Weise abträglich. Von unterschiedlicher Seite wurde moniert, daß einige ausgewählte Orte zur Platzierung von zentralen Wahlplakaten oder von Anzeigen ungeeignet waren. Auch erweist es sich als abschreckend, wenn auf solchen Plakatwänden als Info-Telefonnummer eine solche in Berlin und keine in Stuttgart angegeben wird.

6. Positiv für den PDS-Wahlkampf hervorgehoben wurden ein durchgeführtes Wahlkampf-Seminar und die Wahlkampfzeitung der PDS Baden-Württemberg. Letztere lag rechtzeitig Anfang Juli vor und wurde in zwei Auflagen mit 35.000 Exemplaren vertrieben.

IV. Perspektiven

Der Wahlkampf 1998, der allgemeine Ausgang dieser Wahl und das gute PDS-Wahlergebnis ergeben die folgende allge-

meine Perspektive und die folgenden besonderen Aufgaben:

Die SPD-Bündnisgrüne Regierung bietet ein ausgesprochen „weites Feld“ für eine überzeugende sozialistische Opposition. Die offenen Flanken, die diese Regierung binnen kurzer Frist bieten und die Hoffnungen, die sie enttäuschen muß, wurden bereits oben genannt: kein wirklicher Kampf gegen Erwerbslosigkeit, keine bedingungslose Zurücknahme der sozialen Schweinereien aus der Ära Kohl, fortgesetzter Privatisierungskurs und Akzeptanz der Militarisierung der Politik.

Die PDS kann sich in dieser Situation gut als konsequente sozialistische Opposition erweisen – insbesondere, indem sie die bereits vorhandenen Ansätze ihrer Politik (Programm, Wahlprogramm, beschlossene erste 15 parlamentarische Initiativen usw.) aufgreift und fortentwickelt.

Wir haben durch den Wahlkampf an vielen Orten an Gewicht gewonnen. Das zeigen schon die vielen Anfragen. Wir haben bessere Kontakte zu Gewerkschaften, Umweltverbänden und Sozialinitiativen. Die im Wahlkampf gewonnenen Erfahrungen, die neuen Kontakte und das Wahlergebnis müssen unmittelbar zur Konsolidierung der PDS und zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Verbesserung unserer Arbeit genutzt werden. Zumindest dieses Wahlziel, die PDS-Mitgliedschaft in BaWü im Vergleich zur Vorwahlzeit zu verdoppeln, scheint nicht unrealistisch zu sein.

Ein Mittel dazu kann die am 28.9. vom Landesvorstand beschlossene Herausgabe einer weiteren Zeitung, in der u.a. die neue Regierung und der Wahlkampf bilanziert wird, zu sein.

Schließlich wird es darum gehen, die gewonnenen Erfahrungen und die größere Stärke für die kommenden Wahlkämpfe einzusetzen, also den Europaparlaments-Wahlkampf 1999 und die Kommunalwahlen. Insbesondere die letzteren könnten dann, wenn wir sie rechtzeitig angehen, dazu genutzt werden, unsere Verankerung vor Ort zu wesentlich zu erhöhen.

Rolf Schneider hat in der „Woche“ (vom 2.10.1998) geäußert, der „erstaunliche Erfolg“ der PDS sei „durch den Lärm um den generellen Machtwechsel in Deutschland ein wenig in den Hintergrund gerückt.“ Er mache jedoch „ein neues Nachdenken über diese Partei erforderlich.“ So ist es. Es könnte sein, daß auf die zukünftige PDS noch mehr als zuvor das Attribut zutrifft, das ihr der russische Sozialist Boris Kagerlitzki (siehe „ND“ vom 25.4.1998) und der britische Autor und TV-Produzent Tariq Ali (im Buch „Street Fighting Years -Biographie des Jahres 1968“) aus unterschiedlichen Blickwinkeln zusprachen: die derzeit „spannendste Linkspartei in Europa“ zu sein.

Projekt DaimlerChrysler: aggressive Strategie

Am 18. September fand die außerordentliche Hauptversammlung der Daimler Benz AG statt mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Übernahme des US-Autokonzerns Chrysler durch die Daimler Benz AG. Neben anderen kritischen Aktionären sprach auch Winfried Wolf.

Ich spreche hier als kritischer Aktionär, als Antragsteller gegen die Übernahme des US-amerikanischen Autoherstellers Chrysler durch die Daimler-Benz AG und als Bundestagsabgeordneter und verkehrspolitischer Sprecher der PDS.

Dieses Projekt läßt sich aus verschiedenen Blickrichtungen kritisch bilanzieren.

Da gibt es die Kritik aus Umweltsicht: Noch mehr Spritfresser, noch mehr Setzen auf den motorisierten Individualverkehr, noch weniger Gewicht des Bussektors, der Bahntechnik (Adtranz) und damit des öffentlichen Verkehrs im neuen Unternehmen. Ich teile diese Kritik.

Sodann gab es Kritik aus ethischer und moralischer Sicht. Mit Daimler-Chrysler wird offensichtlich auch ein Spitzeneinkommen von Jürgen Schrempp von drei Millionen Mark jährlich – also das Hundertfache einer alleinerziehenden Mutter an der Aldi-Kasse – nicht mehr als ausreichend erachtet. Es soll nun Chrysler-Niveau – 20 Millionen Mark im Jahr – erreicht werden.

Interessant finde ich in diesem Zusammenhang das Argument, das dazu Bob Eaton vortrug. Wenn man an ein und demselben Vorstandstisch sitze und die gleiche Leistung bringe, könne es keine Einkommensdifferenz mehr geben. Da müsse die Angleichung nach oben kommen.

Ein schönes Beispiel, wie verschieden die Welten sind, Während es oben keine Einkommensdifferenzen geben darf und Gleichmacherei gepredigt wird, gibt es solche natürlich unten: in den Daimler- und Chrysler-Werken – und zwar durchaus auch für die gleiche Leistung. Allein die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen liegt durchschnittlich bei rund 30 Prozent. Und während oben im Management die Einkommen an das höchste Niveau angeglichen werden, wird unten in den Daimler- und Chrysler-Betrieben, wenn denn angeglichen wird, zumeist nach unten angeglichen.

Ich teile also auch diese Kritik, zumal das neue Schrempp-Gehalt ja auch neue



maßlose Maßstäbe für das gesamte Management in deutschen Konzernen, Banken und Versicherungen setzen wird.

Die Kluft zwischen arm und reich wird sich damit also bundesweit weiter öffnen.

Weiterhin gibt es Kritik aus Belegschaftssicht. Der neue Konzern, so Betriebsräte und Vertrauensleute, werde eine Rationalisierungswelle auslösen und Zehntausende Jobs gefährden, damit werde die Standortkonkurrenz verschärft und Belegschaften würden gegeneinander ausgespielt.

Auch diese Kritik ist vollauf berechtigt. Dazu eine präzise Frage an Herrn Schrempp. Können Sie den Beschäftigten eine einzige Großfusion im Fahrzeugbau der letzten zehn Jahre nennen, bei welcher die Gesamtbelegschaft nach der Übernahme nicht abgebaut wurde?

Stichworte: VW-Seat, VW-Skoda, BMW-Rover, GM-Saab, Chrysler-American Motors, Ford-Jaguar, Fiat mit Lancia und Alfa Romeo...

Und es gab Kritik hinsichtlich der schieren Größe und der Hybris des Projekts Daimler-Chrysler. Ein Konzern mit 420000 Beschäftigten und 2 Milliarden Mark Umsatz sei nicht nur nicht gesellschaftlich kontrollierbar. Dieser, so diese Kritik, sei auch nicht mehr beeinflussbar – nicht durch Belegschaften, nicht durch Regierungen, nicht durch Verbraucherschutz- oder Umweltverbände. Ein solcher Gigant setze sich selbst Recht und Gesetz – das Gesetz des Dschungels, das Recht des Stärksten.

Auch diese Kritik trifft meines Erachtens ins Schwarze. Ein gutes Beispiel dafür ist heute bereits das wichtigste DASA-Projekt, das alte-neue superteure Kampfflugzeug: Obwohl der Anlaß für den Flieger, der Warschauer Pakt, entfiel bzw. implodierte, wird er gebaut. Und die Daimler-Lobby in Bonn erreichte in den letzten Monaten, daß alle entsprechenden Verträge noch vor dem Wahltag am 27. September unter Dach und Fach gebracht werden. Allerdings leistete man sich einen

neuen Tarnanstrich: „Taiphon“ heißt seit ein paar Tagen der ehemalige „Eurofighter“, der wiederum zuvor als „Jäger 90“ bezeichnet worden war.

Auch hier eine präzise Frage an Sie, Herr Schrempp: Kann der Souverän, die Wählerschaft, am 27. September den Eurofighter bzw. Taiphon abwählen? Kann eine rot-grüne Regierung das Projekt noch stoppen?

Ich möchte das Projekt Daimler-Chrysler jedoch noch aus einem sehr spezifischen Grund kritisieren.

Diese Hauptversammlung sollte m.E. auf den Zusammenschluß verzichten als Tribut an die spezifische Geschichte des Daimler-Benz-Konzerns im Dritten Reich. Im verbleibenden Konzern – ohne Chrysler – sollte die Summe, die das Projekt Daimler-Chrysler an Kosten verursachen würde, in vollem Umfang eingestellt werden für eine substantielle Wiedergutmachung für die Verbrechen, für die der Daimler-Benz-Konzern Mitverantwortung trägt und von denen er in den Jahren 1933 bis 1945 in hohem Maß profitierte.

Dies möchte ich dreifach begründen:

1. Das Projekt Daimler-Chrysler ist nicht, wie vom Vorstand irreführend dargestellt, eine Fusion, es ist kein „Zusammenschluß von Gleichberechtigten“. Die New York Times zum Beispiel spricht schlicht von einem „takeover“, von einer Übernahme (11.5.). Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.8.1998 weiß – ich zitiere –, daß „Daimler faktisch den amerikanischen Autohersteller Chrysler übernehmen wird“.

Damit entpuppt sich das Projekt Daimler-Chrysler als Teil einer aggressiven Unternehmensstrategie des deutschen Konzerns Daimler Benz bzw. der in diesem maßgeblichen Deutschen Bank. Das glatte Gegenteil von Internationalismus ist angesagt.

Und auf solche nationale aggressive Unternehmensstrategien gab es mittelfristig noch immer eine ebensolche nationalistische Antwort. Eine solche Antwort in der nordamerikanischen Öffentlichkeit könnte sein, Parallelen zwischen dem Expansionsdrang des Daimler-Benz-Konzerns in der Nazi-Zeit und den aktuellen Vorgängen zu ziehen.

Das Wall Street Journal hat bereits solche Parallelen gezogen und darauf verwiesen, daß die Wirtschaftsgeschichte von Daimler Benz nicht vom Markt, sondern vom Staat, und hier vor allem vom NS-Staat bestimmt worden sei.

2. Nach einer Übernahme von Chrysler durch Daimler hat das jetzige Manage-

ment von Daimler das nächste strategische Großprojekt im Rüstungs- und Luftfahrtsektor angesiedelt. Der nunmehr in ganz Europa übermächtige Konzern Daimler-Chrysler will die Zusammenfassung der europäischen Rüstungs- und Luftfahrtindustrie – namentlich ein Aufgehen von British Aerospace, von der französischen Aerospatiale, der spanischen CASA und der DASA in einem EU-Luftfahrt- und Rüstungskonzern betreiben. Dieses Unternehmen soll „privat“ organisiert sein, wobei rund 80 Prozent des Umsatzes aus Steuersubventionen – Rüstungsaufträgen – kommen werden. „Privat“ heißt unter den gegebenen Bedingungen, daß das Unternehmen dann maßgeblich im Zeichen des Daimler-Sternes stehen. Dieser wird dann wieder so dreifach und zackig buchstabiert werden, wie dies ursprünglich der Fall war: zu Lande, zu Wasser und in der Luft (militärisch) aktiv.

3. All dies erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo die Geschichte der Zwangsarbeit in deutschen Unternehmen in der NS-Zeit zum ersten Mal in breiter Form diskutiert wird. Es erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo die Forderungen überlebender Zwangsarbeiter bei Daimler erstmals bei US-Anwälten mit erheblichen Aussichten auf juristischen Erfolg vorgetragen werden.

Ich behaupte: Sie, Herr Schrempf, und Sie, Herr Kopper, ahnten als die Pläne Alpha – eine mögliche Verbindung Daimler mit General Motors – und Beta – die angedachte Fusion Ford mit Daimler – durchspielten und sich dann für den Plan Gamma, die Übernahme Chryslers durch Daimler, entschieden, die fatale historische Dimension dieser Expansion.

(aus Zeitgründen war die gehaltene Rede gegenüber dem hier wiedergegebenen Manuskript gekürzt)

Kämpferische Grüße und Solidarität zur Bankenbesetzung in Aalen

Aalen/Westhausen. Am Montag nach der Bundestagswahl organisierten Beschäftigte der Westhausener Maschinenbaufirma Universal die Besetzung von vier Banken in Aalen. Der Grund: Die 320 Arbeitsplätze bei der im Konkurs befindlichen Firma sollen erhalten bleiben. Die Absicht des Konkursverwalters, „die Bude platt zu machen“ soll verhindert werden. Nach Streik, einer Woche Werksbesetzung, großen Kundgebungen im Werk und Protesten im Stuttgarter Wirtschaftsministerium setzten die Beschäftigten nun die

Banken unter Druck. Ein Konzept der IG-Metall sieht vor, das Aus zu verhindern, 280 Arbeitsplätze über ein Sanierungskonzept zu retten und 40 Arbeitsplätze über eine Auffanggesellschaft abzusichern. Nach anfänglicher Bereitschaft hatten die Banken (u.a. die Baden-Württembergische Bank) ihre Finanzierungszusagen für dieses Konzept eingemottet. Deshalb die Bankbesetzungen am 28.9., die mit breiter Unterstützung aus der Bevölkerung stattfanden. Tenor: In Arbeitsplätze investieren statt Arbeitslosengeld finanzieren. Der neu gewählte PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf nahm noch während der Aktionen mit der IG-Metall vor Ort Kontakt auf, begrüßte die „kreativen Schaltergänge“ und bekundete die Solidarität der PDS. In seiner Solidaritätsadresse heißt es:

„Was Euch in den letzten Wochen widerfahren ist, ist symptomatisch für unser Land. Obgleich die Banken – gerade auch die Deutsche Bank, die Commerzbank und die DG-Bank – Rekordgewinne einfahren, kneifen sie, wenn es um einen vergleichsweise kleinen Betrag geht. Seit Jahren ist festzustellen: Nur Mobilisierungen vor Ort können dem Angriff von Unternehmen und Banken Paroli bieten. Eure Aktionen ... sind dabei vorbildlich.“

Diese Kontaktaufnahme wurde sehr positiv aufgenommen. Ein Wunsch aus der Belegschaft an die PDS: ein Solidaritätstelegramm von Fidel Castro! Die Aktionen der Belegschaft zeigten ersten bescheidenen Erfolg. Die Banken sind offensichtlich der richtige Adressat des Protestes. Das geplante Aus zum 1.10. konnte aufgrund des Drucks abgewendet werden, die Arbeitsplätze sind bis Ende des Jahres gesichert, es wird weiter verhandelt.

In einem Schreiben des stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Wolfgang Gehrcke an die Universal-Belegschaft heißt es: „wir übermitteln Euch kämpferische Grüße und versichern Euch unsere Solidarität in Eurem Arbeitskampf. ..Mit dem Gerede von Standortwettbewerb unter den Bedingungen der Globalisierung sollte das Unausweichliche der Situation stets begründet werden. Aber alle sozialen Einschnitte, alles Entgegenkommen zu den Unternehmen hat das versprochene – neue Arbeitsplätze – nicht gebracht. Es wird Zeit, wieder klar zu sagen, wo die Gewinne sind, wie die Risiken von Privatunternehmen auf die Gemeinschaft abgewälzt werden und wie Arbeiter- und Gewerkschaftsengagement unbeantwortet bleiben. Und dem schließt sich an, nicht der neoliberalen Marktvergötzung zu folgen, sondern die Sozialpflichtigkeit des Eigentums konkret einzufordern, auch von den Banken. Deshalb begrüßen wir Eure konsequenten Aktionen und die Versuche, nach soviel Einsatz auch unter großen persönlichen Opfern jetzt nicht aufzugeben...“

Buchanzeige

Einmal Chaos und zurück – Wege aus der Verkehrsmisere

von Gila Altmann, Heiner Monheim,
Albert Schmidt, Bernhard Strowitzki,
Winfried Wolf

Herausgeber: Initiative für eine bessere
Bahn – ffb – e.V.

Tine Mikulástiková

Heiner Monheim

Winfried Wolf

Neuer ISP Verlag GmbH, Dasselstraße
75-77, D-50674 Köln

Preis: DM 16.80

Inhalt

Vorwort: Gila Altmann

1. **Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten**
Gila Altmann
2. **Verkehrspolitik in schweren Zeiten**
Winfried Wolf
3. **Die Privatisierung der Bahn**
Bernhard Strowitzki
4. **Gesetzliche Rahmenbedingungen für ein attraktives ÖPNV-Netz**
Winfried Wolf
5. **Das ICE-Unglück von Eschede**
Albert Schmidt
6. **Die 10 Gebote der Attraktivität im öffentlichen Nahverkehr**
Albert Schmidt
7. **Gleiche Chancen für die Schiene: Für einen fairen Wettbewerb der Verkehrsträger**
Albert Schmidt
8. **Umweltverträglicher Alpen transit als Modell für eine Ökologisierung der europäischen Verkehrspolitik**
Albert Schmidt
9. **Fahrplan zur Zweiten Bahnreform**
Heiner Monheim
10. **Flächenbahn oder Schrumpfbahn**



Weitere Buchempfehlungen:

- Haiti – Arroganz im Armenhaus, Bonner Diplomatie, Rassismus und Armutsentwicklung
ISP-pocket 62, ISBN 3-929008-62-9
- CasinoCapital – Der Crash beginnt auf dem Golfplatz
isp-pocket, 3-929008-64-5